

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Oberste Bundesbehörden
- je 2fach -

Peter Mießen
Abteilungsleiter II

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
TEL +49 (0) 30 18 682-4468
FAX +49 (0) 30 18 682-3489
E-MAIL Peter.Miessen@bmf.bund.de
DATUM 19. Dezember 2016

BETREFF **Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2018 und des neuen Finanzplans 2017 bis 2021**

ANLAGEN 12 (Anlagen 1 und 2, Anhänge 1 bis 10)

GZ **II A 1 - H 1105/16/10001 :001**

DOK **2016/1130621**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Das regierungsinterne Verfahren für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2018 und des Finanzplans des Bundes 2017 bis 2021 sowie des Wirtschafts- und Finanzplans des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ wird - wie bereits in den Vorjahren - als Eckwerteverfahren durchgeführt. Vom Eckwerteverfahren ausgenommen sind die Einzelpläne der in § 28 BHO genannten Institutionen (Einzelpläne 01, 02, 03, 19 und 20) sowie der Einzelplan 21.

Zum Auftakt des Eckwerteverfahrens wird zur Erörterung der haushalts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar eine Staatssekretärsrunde auf Einladung des Bundesministeriums der Finanzen stattfinden. Bereits jetzt weise ich jedoch darauf hin, dass im kommenden Aufstellungsprozess bis zum Sommer ausschließlich solche Änderungen berücksichtigt werden können, die rechtlich oder tatsächlich zwingend sind, z. B. in Folge der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder auf Grund bereits getroffener verbindlicher Entscheidungen. Nicht berücksichtigt werden können insbesondere politische Wünsche und Planungen, die über den Zeitraum der aktuellen Legislaturperiode hinausgehen und damit den Handlungsspielraum für die Entscheidungsträger in der kommenden Legislaturperiode bereits jetzt einschränken würden.

Der **aktuelle Ablaufplan** für das regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren - der unter dem Vorbehalt noch möglicher Änderungen steht - ist der **Anlage 1** zu entnehmen.

Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Personalhaushalts wurden nicht aufgenommen.
Zu den Verhandlungen zum Personalhaushalt ergeht zu gegebener Zeit ein gesondertes Rundschreiben.

Mit Blick auf die enge Terminlage für die Erarbeitung der Kabinetttvorlage zum Eckwertebeschluss bitte ich sicherzustellen, dass Ihre Haushaltsreferate meinen zuständigen Referaten die erforderlichen Informationen für die jeweiligen Eckwerte unverzüglich übermitteln.

Unmittelbar nach der Eckwerte-Kabinettsitzung werden mit einem weiteren Rundschreiben der Kabinettschluss zu den Eckwerten sowie ergänzende Verfahrensregelungen bekannt gegeben.

Bei der Vorbereitung und der Erstellung der Haushaltsvoranschläge auf Basis der Eckwerte sowie im weiteren Aufstellungsverfahren bitte ich um Beachtung der **Verfahrenshinweise** nach der **Anlage 2.**

Ihre Haushaltsreferate erhalten dieses Rundschreiben in elektronischer Form unmittelbar per E-Mail. Ferner wird das Rundschreiben im Haushaltsportal des BMF (Abt. II) unter

<https://bmfiportal.ziviv.iv.bfinv.de> - Haushaltsaufstellung - Bundeshaushalt 2018

veröffentlicht.

Im Auftrag

Mießen

Anlage 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001

Dok: 2016/1130621

**Vorläufiger Terminplan
für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2018 und des Finanzplans bis 2021**

	<u>2017</u>
Jahreswirtschaftsbericht	Ende Januar
Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettsvorlage durch BMF	bis Ende Februar
Zuleitung Kabinettsvorlage an Kabinett	in der Woche vor Kabinettsitzung
Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss	15. März
Bekanntgabe des Kabinettschlusses mit BMF-Rundschreiben	zeitnah nach Kabinettsitzung
Vorlage der Voranschläge zum Sachhaushalt bei BMF	bis 21. April
Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	Ende April
Steuerschätzung	9. - 11. Mai
Abschluss Haushaltsgespräche Ressorts/BMF	bis 17. Juni
Zuleitung an Kabinett	in der Woche vor Kabinettsitzung
Kabinettsitzung für Regierungsentwurf des BHH 2017 und Fpl. 2016 bis 2020	28. Juni

Anlage 2

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001

Dok: 2016/1130621

Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2018 und des Finanzplans bis 2021 nach dem Eckwertebeschluss im März 2017 Inhaltsübersicht

1.	Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes	3
2.	Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen	3
3.	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben	3
4.	Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung	4
5.	Verpflichtungsermächtigungen	6
6.	Flexibilisierte Ausgaben	6
7.	Personalausgaben (einschließlich Versorgungsbereich)	7
8.	Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen	8
9.	Ausgaben für die Informationstechnik	9
10.	Selbstbewirtschaftungsmittel	10
11.	Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -	10
12.	Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8	11
13.	Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel	12
14.	ODA-Ausgaben	12
15.	Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)	13
16.	Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen/ Zahlungen in fremder Währung	14
17.	Dokumentation der Sonderabgaben	15
18.	Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren	15
19.	Dokumentation der EU-Einnahmen und der korrespondierenden Ausgaben für das parlamentarische Verfahren	15
20.	Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen	15

21. Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“	16
22. Technische Hinweise	17
23. Darstellung der EU-Mittel	18

Hinweis:

Word/Excel Dateien der zu den einzelnen Ziffern nachfolgend genannten (Formblatt-)Muster können im Haushaltsportal des BMF (Abt. II) herunter geladen werden (<https://bmfiportal.ziviti.bfinv.de> - Haushaltsaufstellung - Bundeshaushalt 2018).

1. Anwendung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes

Die nach dem Eckwertebeschluss vorzulegenden Haushaltsvoranschläge sind auf Grundlage der jeweils aktuellen Entwurfsfassung der Haushaltstechnischen Richtlinien des Bundes (HRB-E; derzeit aktueller Stand: 22. März 2013) zu gestalten. Diese Regelung gilt bis zum Inkrafttreten neuer HRB. Die Entwurfsfassung basiert auf den HRB in der mit BMF-Rundschreiben vom 15. Dezember 2008 - II A 1 - H 1105/08/10007; DOK 2008/0710120 - veröffentlichten Fassung, wurde jedoch insbesondere ergänzt um spezifische Regelungen zur Neustrukturierung der Einzelpläne. Dazu gelten folgende Abweichungen:

- Abweichend von Nr. 9.8.6 HRB-E ist in den Voranschlägen ohne Änderung der Spaltenbezeichnung die Ist-Besetzung mit Stand 1. Februar 2017 einzutragen.
- Die in Nr. 4.2 HRB-E aufgeführten Festtitel werden um die Festtitel 381 .3 „Verrechnungseinnahmen gem. § 61 BHO außerhalb der Titel 381 .1 und 381 .7“ und 981 .3 „Verrechnungsausgaben gemäß § 61 BHO außerhalb der Titel 981 .1 und 981 .7“ ergänzt. Gemäß § 61 BHO sind interne Erstattungen im Wege der Verrechnung zwischen Bundesbehörden ab einer bestimmten Betragsgrenze vorgeschrieben. Ein klassischer Anwendungsfall für diese Erstattung ist z. B. die Begleichung von Lehrgangsgebühren. Sofern es sich bei der internen Verrechnung nicht um einen der in Nrn. 14.1 oder 14.3 HRB-E geregelten Fälle handelt (Auftraggeber-Auftragnehmer-Beziehung, z. B. Forschungsaufträge; „Einer für alle Fälle“ im Rahmen von Ressortvereinbarungen, z. B. Abrechnung von Personalnebenkosten), für die in den HRB-E konkrete Strukturen vorgeschrieben und vorrangig anzuwenden sind, sind die Festtitel 381 .3 und 981 .3 zu verwenden.

2. Vorlage haushaltsbegründender Unterlagen

BMF überprüft die Voranschläge hinsichtlich der vollständigen Umsetzung der Eckwerte, der Etatreife, der sach- und bedarfsgerechten Titelveranschlagung, der Berücksichtigung verfügbarer Ausgabereste bei der Dotierung flexibilisierter Ausgaben sowie hinsichtlich der Beachtung der einschlägigen haushaltsrechtlichen und -technischen Regelungen (wie die Ausbringung von Haushaltsvermerken und Verpflichtungsermächtigungen). Den Voranschlägen sind daher - neben den nachfolgend angeforderten bzw. nach den HRB-E vorzulegenden Unterlagen - alle für diese titelscharfen Einzelprüfungen notwendigen haushaltsbegründenden Unterlagen beizufügen.

3. Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei Einnahmen und Ausgaben

Gemäß §§ 7 und 34 BHO sind sowohl bei der Haushaltsaufstellung als auch bei der Haushaltsführung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Für **Einnahmen** bedeuten diese Grundsätze u. a., dass in allen Geschäftsbereichen alle möglichen Einnahmeverbesserungen auszuschöpfen und im Aufstellungsverfahren zu berücksichtigen sind. Die Verwaltungseinnahmen sind nach dem voraussichtlichen kassenmäßigen Aufkommen zu veranschlagen. Bei der Ermittlung der Ansätze sind die Ist-Ergebnisse der Vorjahre zu berücksichtigen. Erwartete Einnahmen aus Erstattungen, die nach § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes an den Versorgungsfonds abzuführen sind, sind nicht zu veranschlagen (Einzelheiten siehe Ziffer 9.3).

Gebühren und Entgelte sind grundsätzlich kostendeckend festzusetzen; sie müssen in der Regel den personellen und sachlichen Aufwand decken. Nach § 9 des Bundesgebührengesetzes (BGebG) soll eine Gebühr die mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung verbundenen Kosten aller an der Leistung Beteiligten decken. Tritt der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung ein in Geld berechenbarer wirtschaftlicher Wert oder wirtschaftlicher Nutzen für den von der Leistung Betroffenen hinzu, so kann dieser zusätzlich zu den Kosten angemessen berücksichtigt werden. Ggf. erforderliche Rechtsgrundlagen sind zu schaffen (VV Nr. 3.1 zu § 34 BHO) bzw. zu aktualisieren. Die mit dem am 15. August 2013 in Kraft getretenen Gesetz zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes eingeräumte fünfjährige Übergangsfrist bis zum Erlass ressortspezifischer Gebührensätze entbindet nicht von notwendigen Aktualisierungen bereits bestehender Gebührensätze in dieser Phase. In § 23 BGebG sind daher u. a. ausdrücklich Übergangsvorschriften enthalten, weil auch „in der Übergangszeit die Aktualisierung von Gebührensätzen unerlässlich ist“ (vgl. Gesetzesbegründung Allgemeiner Teil).

Den haushaltsbegründenden Unterlagen ist eine **aktuelle Übersicht** über die Gebühreneinnahmen entsprechend dem Formblattmuster nach **Anhang 1** beizufügen. Bei der Prüfung der Übersicht wird besonderes Augenmerk auf die Frage der Aktualität von Gebührenverordnungen und den Kostendeckungsgrad der Gebühren gerichtet.

Für die **Ausgaben** bedeutet der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, dass für alle finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind. Damit BMF dies entsprechend den Forderungen des Bundesrechnungshofes weiterhin auch im Rahmen des Eckwerte-Haushaltsaufstellungsverfahrens zumindest stichprobenweise nachvollziehen und hinterfragen kann, sind den haushaltsbegründenden Unterlagen für finanzwirksame Maßnahmen **von größerer Bedeutung**, wie bisher, entsprechende Nachweise beizufügen.

4. Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung

Ausnahmen vom Grundsatz der Gesamtdeckung durch Haushaltsvermerk sind grundsätzlich nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

Zweckbindung

Eine Beschränkung bestimmter Einnahmen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke (Zweckbindung) durch Haushaltsvermerk ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass die Mittel von Dritten mit rechtsverbindlicher Verwendungsaufgabe zugewendet werden (insbesondere zweckgebundene Zuschüsse und Erstattungen der Europäischen Union sowie zweckgebundene Mittel wie Spenden, Stiftungen, Erbschaften, Vermächtnisse, Aufträge von Dritten und Bundesbehörden). Die haushaltsrechtlichen Folgen einer Zweckbindung per Haushaltsvermerk (§ 19 Absatz 1 Satz 1 BHO - Übertragbarkeit) sind zu beachten. Ein zusätzlicher Übertragbarkeitsvermerk ist daher in diesen Fällen nicht auszubringen.

Verstärkung

Besteht die Möglichkeit, dass überplanmäßige Einnahmen eingehen, ist eine Heranziehung dieser Einnahmen für bestimmte Ausgabetitel durch Ausbringung eines Haushaltsvermerks unter der Voraussetzung zulässig, dass hierdurch eine sparsame und auf Wirtschaftlichkeit orientierte Mittelbewirtschaftung gefördert wird und Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen verstärkt werden.

Auch in den Vorjahren ausgebrachte Zweckbindungs- und Verstärkungsvermerke sind dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen (noch) erfüllt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob jeweils die für den vorgesehenen Anwendungsfall korrekte Vermerksformulierung gewählt wurde (vgl. Formulierungen Regelfall/Ausnahmefall unter Nr. 5.5 HRB-E). Dabei ist zu beachten, dass veranschlagte Einnahmen wegen des Grundsatzes eines ausgeglichenen Haushalts nicht zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden können. Die Anwendung des Regelvermerks (Formulierung mit „Mehreinnahmen“) setzt sowohl bei Zweckbindungs- als auch Verstärkungsvermerken eine tatsächliche Mehreinnahme gegenüber dem entsprechenden Einnahmesoll voraus.

Rückerinnahmen und Erstattungen/Beiträge Dritter (sog. Rotbuchungen)

Im Haushaltsgesetz (§§ 6 und 13) werden auch im Aufstellungsverfahren 2018 generelle Regelungen zu Deckungs- und Verstärkungsmöglichkeiten, zur Zweckbindung und zur Buchung von Rückzahlungen aufgenommen. Daher sind für diese Fälle zusätzliche Haushaltsvermerke nicht vorzusehen. Für die Ausbringung weitergehender Haushaltsvermerke ist ein strenger Maßstab anzulegen. Nicht vorgesehen sind Regelungen, wonach bei Titeln mit teilweise weit gefasster Zweckbestimmung lediglich undifferenzierte Haushaltsvermerke wie „Erstattungen fließen den Ausgaben zu.“ ausgebracht werden.

5. Verpflichtungsermächtigungen

Mit Blick auf die Entwicklung bei den Verpflichtungsermächtigungen wird die restriktive Vorgehensweise fortgesetzt. Insofern gelten die nachfolgenden Maßgaben auch für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2018.

Besonderes Augenmerk ist dabei auch auf die im HKR-Verfahren gebuchten Verpflichtungen zu richten. Sofern im Rechnungslegungsverfahren fehlerhaft gebuchte Verpflichtungen korrigiert worden sind, sind diese Korrekturen unbedingt auch bei den im HKR-Verfahren gebuchten Altverpflichtungen vorzunehmen, da die Haushaltsdatenbank allein auf diese Daten zugreift.

Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Angabe einer bestimmten Jahresfälligkeit nicht möglich ist (Fälligkeit „in künftigen Haushaltsjahren“), sind grundsätzlich als nicht etatreif anzusehen.

- 5.1. Bei Titeln, deren Ansätze durch die bis 31. Dezember 2016 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen und die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2017 in einem Fälligkeitsjahr zu 100 Prozent und mehr gebunden sind, werden grundsätzlich keine neuen Verpflichtungsermächtigungen für diese Fälligkeitsjahre im Regierungsentwurf 2018 ausgebracht.
- 5.2. Weiterhin soll die Vorbindung pro Titel durch die bis 31. Dezember 2016 eingegangenen und gebuchten Verpflichtungen, die Soll-Ermächtigung des Haushalts 2017 und die neuen Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2018
 - für das Fälligkeitsjahr 2019 maximal 80 Prozent,
 - für das Fälligkeitsjahr 2020 maximal 60 Prozent und
 - für das Fälligkeitsjahr 2021 maximal 40 Prozent
 des Titelansatzes grundsätzlich nicht überschreiten.

Die vorgenannte maximale Vorbindung pro Titel darf im Ausnahmefall überschritten werden. Eine solche Ausnahme wäre z. B. gegeben, wenn bei Berücksichtigung erwarteter Einnahmen der EU (insbesondere ESF), von Ländern oder Dritten beim Titelan-satz diese Quote eingehalten würde. Auch eine Gesamtbetrachtung mehrerer Titel mit dem Ziel einer Gesamtvorbindungsquote bei zwingendem sachlichem Zusammenhang ist denkbar. Ausnahmetatbestände sind jedoch stets mit BMF abzustimmen.

6. Flexibilisierte Ausgaben

Bei den flexibilisierten Ausgaben gemäß Haushaltsgesetz (§ 5) sind die nachfolgenden Maßgaben zu beachten. Gemäß § 17 Absatz 1 BHO ist trotz der Deckungsfähigkeiten auf die bedarfsgerechte Veranschlagung der Einzelansätze zu achten.

- 6.1. Obergrenze für die Ausgaben je Kapitel ist die Summe der in die Flexibilisierung einbezogenen Ansätze des geltenden Finanzplans (Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016). Diese ist ggf. zu bereinigen um
- Mittelumschichtungen zwischen den Kapiteln bzw. Einzelplänen (z. B. infolge Aufgabenübergangs gemäß § 50 Absatz 1 BHO) sowie
 - Änderungen bei der Flexibilisierung im Haushalt 2016 (generell durch Anpassung des § 5 HG sowie im Einzelfall durch Haushaltsvermerk).
- 6.2. Die bedarfsgerechte Anpassung der Veranschlagung der Einzelansätze ist vorrangig durch Umschichtungen innerhalb der flexibilisierten Ausgaben zu gewährleisten und nicht durch eine Ausweitung der flexibilisierten Ansätze.

Im Rahmen der bedarfsgerechten Veranschlagung der Einzelansätze sind die sich aus dem Jahresabschluss 2016 ergebenden maximal übertragbaren Ausgaben zu bewerten und zu berücksichtigen. Hierzu ist der Bestand an übertragbaren Ausgaben im Zusammenhang mit den Voranschlägen für den Haushalt 2018 kritisch zu überprüfen und mit den geplanten Neuetatisierungen der Einzelansätze abzugleichen. Dieser Prüfung kommt angesichts der Entwicklung bei den Ausgaberesten des flexibilisierten Bereichs weiterhin besondere Bedeutung zu. Soweit die Ende 2016 überjährig zur Verfügung stehenden Mittel je Titel die vorgesehenen Soll-Ansätze 2017 um mehr als 10 Prozent übersteigen, ist im Rahmen der Haushaltsgespräche nach Eckwerteabschluss die geplante Verwendung dieser Mittel darzulegen. Die Prüfung kann sich dabei grundsätzlich auf Titel mit übertragbaren Ausgaben von mehr als 500 TEUR konzentrieren.

7. Personalausgaben (einschließlich Versorgungsbereich)

- 7.1. Für den Mittelbedarf für die Besoldung und Vergütung der aktiven Beschäftigten ist zunächst das Ist 2016 zugrunde zu legen. Sofern für Stellenplanveränderungen aus dem Haushalt 2017 Mehrbedarf angemeldet wird, ist dieser durch eine gesonderte Berechnung nachzuweisen. Es ist dabei darzustellen, warum eine Umschichtung innerhalb des Einzelplans nicht möglich ist. Eine mögliche Tarif- und Besoldungsrunde 2018 ist außer Betracht zu lassen.

Nach derzeitiger Rechtslage endet die Zuführungspflicht zur Versorgungsrücklage am 31. Dezember 2017 (§ 14a BBesG). Das Kabinett hat am 13. Juli 2016 den Gesetzentwurf zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes beschlossen, der den Erhalt und den weiteren Ausbau der Versorgungsrücklage enthält. Danach sollen die Zuführungen bis 2031 fortgeführt werden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat dem Gesetzentwurf am 30. November 2016 zugestimmt. Vor diesem Hintergrund sind die Titel der Gruppe 424 und 434 (Zuführung an die Versorgungsrücklage) auch in der Finanzplanung 2019 bis 2021 weiter zu dotieren. Für die Zuführungen sind zunächst folgende Berechnungsfaktoren anzuwenden:

- Beamtinnen und Beamte: 0,018755007 sowie
- Soldatinnen und Soldaten 0,018142547.

- 7.2. Zur Herleitung der Ansätze zu den Versorgungsausgaben - einschließlich der zugrunde gelegten Entwicklung der Empfängerzahlen - ist das Muster nach **Anhang 2** zu verwenden und die dort gegebenen Hinweise zu beachten.
- 7.3. Einnahmen aus Erstattungen im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 des Versorgungsrücklagegesetzes, insbesondere Abfindungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag und Versorgungszuschläge bei Abordnungen für den unter § 14 des Versorgungsrücklagegesetzes fallenden Personenkreis, sind dem Versorgungsfonds zuzuweisen. Die Ausgaben hierfür sind nicht zu veranschlagen. Soweit die Zuweisungstitel (634 .3) in die Flexibilisierungsregelung nach § 5 HG einbezogen sind, fließen die Erstattungen den Ausgaben zu (§ 6 Absatz 2 HG). Bei Zuweisungstiteln, die nicht flexibilisiert sind, sind gegebenenfalls Haushaltsvermerke mit entsprechender Wirkung auszubringen.

Auf das gemeinsame BMI/BMF-Rundschreiben vom 19. Februar 2014
- D4-30301/12#7 // Z b 2 - P1609/06/10002 - weise ich hin.

- 7.4. Die Übersicht über die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Haushaltsjahr 2016 (Übersichten zum Bundeshaushaltsplan, Teil V, Buchstabe F) wird zur gegebenen Zeit auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes vorbereitet und im Anschluss daran mit einem gesonderten Rundschreiben zur Abstimmung und Ergänzung übersandt.

8. **Dienstkraftfahrzeuge/Geschäftszimmerausstattungen**

Für die Veranschlagung zur Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) gelten die **Anhänge 3 und 4**. Die dort getroffenen Regelungen berücksichtigen die mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ angestrebten Zielwerte für die Beschaffung von Neufahrzeugen, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Die Erfüllung des gesetzten Zieles erfordert die Beschaffung und sukzessive Implementierung von Elektro- und Plug-In-Hybridfahrzeugen (e-DKfz) in den Fahrzeugflotten der Bundesressorts. Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden.

Die zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) der Generalzolldirektion stellt den Bedarfsträgern der Bundesressorts die in Anhang 4 beschriebenen DKfz abrufbereit mittels Rahmenverträgen im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ zur Verfügung

Bei der Darstellung der Veranschlagung der Ausgaben für DKfz und der Veräußerungserlöse im Haushaltsplan ist zu beachten, dass Mehreinnahmen aus der Veräußerung beim Einnahmetitel verbucht werden und danach eine Verstärkung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von DKfz gemäß § 6 Absatz 7 HG erfolgt. Die erwarteten Mehreinnahmen sind in den Standarderläuterungen zu Tit. 811 .1 (Nr. 12.2.1 HRB-E) einzutragen.

Ausgaben für Strom, der zur Verwendung als Treibstoff für Elektrofahrzeuge vorgesehen ist, sind bei einem Titel der Gruppe 514 „Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.“ zu veranschlagen.

Ausgaben für die Beschaffung von Geschäftszimmerausstattungen können bis zu den im **Anhang 5** ausgewiesenen Höchstbeträgen veranschlagt werden.

9. Ausgaben für die Informationstechnik

Das IT-Rahmenkonzept des Bundes für das Haushaltsjahr 2018 ist das für alle Ressorts verbindliche Planungsinstrument für ressortübergreifende Vorhaben. In der Ressortplanung können keine Haushaltsmittel für die parallele Entwicklung etatisiert werden, die bereits durch ressortübergreifende IT-Maßnahmen im IT-Rahmenkonzept des Bundes abgedeckt sind. Für die Fortführung alternativer IT-Anwendungen dürfen Mittel nur veranschlagt werden, soweit dies wirtschaftlich ist.

Für Ausgaben und/oder Verpflichtungsermächtigungen in einem Umfang von mehr als 10 Mio. Euro im Einzelfall sind Formblätter entsprechend dem Muster nach **Anhang 6** einschließlich Begründungen beizufügen. Die ausgefüllten Formblätter sind - zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt (voraussichtlich 21. April 2017), der mit der Bekanntgabe des Eckwertebeschlusses verbindlich mitgeteilt wird - **einschließlich der zugehörigen IT WiBe und weiterer haushaltsbegründender Unterlagen** dem BMF-Referat II A 4 (per E-Mail an: WibeIIA4@bmf.bund.de) sowie dem zuständigen Spiegelreferat zuzuleiten. BMF wird die Vorhaben von mehr als 10 Mio. Euro einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Für alle übrigen angemeldeten Haushaltsmittel für IT-Maßnahmen ist dem zuständigen Spiegelreferat im BMF - ebenfalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - anzuzeigen, dass hierfür Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemäß VV zu § 7 BHO sowie eine Prioritätenplanung vorliegen. BMF behält sich im Einzelfall vor, Unterlagen zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung anzufordern.

Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung, deren IT-Ausgaben jährlich voraussichtlich mehr als 500 TEUR betragen werden, ist - ebenfalls zu dem Vorlagetermin für die Voranschläge zum Sachhaushalt - dem zuständigen

Spiegelreferat im BMF anzuzeigen, dass für alle veranschlagten IT-Mittel Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt worden sind.

Darüber hinaus legt BMF jeweils ein Ressort fest, bei dem eine Prüfung aller IT-Maßnahmen, die bestimmten Bedingungen - insbesondere finanzieller Art - genügen, auf ihre Wirtschaftlichkeit und bedarfsgerechte Veranschlagung vorgenommen werden soll. Das ausgewählte Ressort wird mit gesondertem Schreiben benachrichtigt, in dem die näheren Einzelheiten der Prüfung festgelegt werden.

Dem Bundesrechnungshof (BWV - Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung) ist rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu den haushaltsbegründenden Unterlagen zu geben.

10. Selbstbewirtschaftungsmittel

Die Ausbringung von Selbstbewirtschaftungsvermerken kommt gemäß § 15 Abs. 2 BHO nur dann in Betracht, wenn hierdurch nachweislich eine sparsame Bewirtschaftung gefördert wird und dieses Ziel nicht auf andere Weise zu erreichen ist. Bei allen Titeln mit Selbstbewirtschaftungsvermerken ist zudem eine Standarderläuterung entsprechend Nr. 2.5 im Beispiel 22 zu Nr. 11.4 HRB-E auszubringen, aus der sich der Umfang der nicht verbrauchten Selbstbewirtschaftungsmittel zum Jahresabschluss 2016 ergibt.

11. Vorbereitung und Veranschlagung von Projekten Öffentlich Privater Partnerschaften - ÖPP-Projekte -

- 11.1. Der Bund/Länder-Arbeitsausschuss „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ hat Empfehlungen zur haushaltsrechtlichen und haushaltssystematischen Behandlung von ÖPP-Projekten erarbeitet. Diese sind den Obersten Bundesbehörden mit BMF-Rundschreiben vom 2. November 2007 - II A 3 - H 1012-5/07/0003; DOK 2007/0498167 - übermittelt worden (im Haushaltsportal des BMF <https://bmfiportal.zivit.iv.bfinv.de> - Allgemeine Rundschreiben, Vordrucke). Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wird für die Veranschlagung auf die im Gruppierungsplan abgebildeten Gruppen verwiesen.

Für die Veranschlagung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von ÖPP-Projekten im Einzelnen sind grundsätzlich die Empfehlungen des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ (insbesondere unter Ziffer 6.4.2) zu beachten. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Veranschlagung auf Basis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Ziffer 6.4.1.3.2 Buchstabe B der o. a. Empfehlungen) erfolgt und haushaltsrechtlich Vorsorge zu treffen ist.

- 11.2. Zur Veranschlagung von ÖPP-Projekten im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftsmanagements (ELM) vgl. die Ausführungen in Ziffer 17 und den Ablaufplan des BMF in **Anhang 8**.

- 11.3. Im Rahmen der Ermittlung der wirtschaftlichsten Realisierungsvariante nach § 7 BHO ist die Beschaffungsvariante ÖPP obligatorisch zu berücksichtigen. Für diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchung über den gesamten Projektlebenszyklus und die erforderlichen weiteren Realisierungsschritte kann die Beratungskompetenz der ehemaligen ÖPP Deutschland AG (Partnerschaften Deutschland, PD) in Anspruch genommen werden. Deren Beratungsspektrum wurde nach ihrer Reorganisation zur Beratungsgesellschaft PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH („Partnerschaft Deutschland“) erweitert. Sie kann ab dem 01. Januar 2017 als Inhouse-Gesellschaft ausschreibungsfrei in Anspruch genommen werden und bietet eine alle Realisierungsformen umfassende Investitions- und Modernisierungsberatung sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen an, um staatliche Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen.

Bei der Beratung nimmt die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Variantenvergleichen, Eignungstests und Machbarkeitsuntersuchungen und die strategische und organisatorische Beratung für Investitionsvorhaben aller Art eine zentrale Bedeutung ein. In Zusammenarbeit mit ausgewählten technischen Rahmenvertragspartnern bietet der Auftragnehmer darüber hinaus Projektplanung, Projektmanagement und Projektsteuerung an. Eine Erstberatung von Investitionsvorhaben, bei denen ÖPP in Betracht kommt, kann unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

Die Gesellschaft ist unter der Postanschrift:

Beratungsgesellschaft **PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH**
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

sowie unter der Telefonnummer +49 (0)30 / 25 76 79 0

oder der Internetadresse www.pd-g.de zu erreichen.

- 11.4. Um die haushaltsmäßigen Auswirkungen über die langen Laufzeiten der Maßnahmen transparent zu machen, werden die unmittelbar über den Bundeshaushalt finanzierten ÖPP-Projekte des Bundes in der Übersicht Teil X zum Bundeshaushalt einzelplanbezogen dargestellt. Darüber hinaus werden die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Auftrag gegebenen ÖPP-Projekte des Bundes nachrichtlich in die Übersicht einbezogen. Die Angaben sind entsprechend dem Muster nach **Anhang 7** zu erfassen und dem zuständigen BMF-Fachreferat per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

12. Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8

Soweit im Rahmen von Projektförderungen bei Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 Ausgaben für Projektträger-Kosten, Gutachten und Begleitforschung, Fachtagungen und -kongresse sowie Kosten der Prüfung von Verwendungsnachweisen durch Dritte mit-

veranschlagt sind, ist für jeden dieser Titel zusammen mit dem Voranschlag eine Aufschlüsselung dieser Ausgaben vorzulegen.

13. Zinszuschussförderung und Auszahlung der Fördermittel

In bestimmten Förderbereichen werden Zinszuschüsse gewährt, d. h. Zinsausgaben des Fördernehmers für ein Darlehen werden anteilig finanziert. Die Auszahlung der Bundesmittel erfolgt dabei im Regelfall jeweils zu den konkreten Zinsterminen an die mit der bankenmäßigen Abwicklung des Förderprogramms beauftragte Bank (pro-rata-temporis). Sollen die Zinszuschüsse ausnahmsweise für eine Maßnahme in einer Summe kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Absatz 2 BHO) ausgezahlt werden (Barwert), ist bei den entsprechenden Titeln nachfolgender Haushaltsvermerk auszubringen:

„Zinszuschüsse dürfen bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit auch kapitalisiert an den mit der bankenmäßigen Abwicklung beauftragten Treuhänder (§ 44 Abs. 2 BHO) ausgezahlt werden.“

14. ODA-Ausgaben

Den Ausgaben für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Ausgaben) kommt mit Blick auf die nationalen und internationalen entwicklungspolitischen Zielsetzungen besondere Bedeutung zu. Sie sind die bestimmende Bezugsgröße für die letztendlich vom OECD-DAC ermittelte deutsche ODA-Quote sowie für die jährlichen Prognosen. Vor diesem Hintergrund ist bereits bei der konzeptionellen Ausgestaltung entwicklungspolitischer Maßnahmen - insbesondere bei neuen, aber auch bei bereits bestehenden Maßnahmen - auf eine größtmögliche Anrechenbarkeit der Ausgaben auf die ODA-Quote zu achten. Zu den ODA-anrechenbaren Ausgaben gehören auch die im Zusammenhang mit Entwicklungsleistungen stehenden allgemeinen Verwaltungskosten, insbesondere Personalausgaben.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung werden wieder zwei Abfragen zu den auf die ODA-Quote anrechenbaren Ausgaben der Ressorts durchgeführt. Die erste Abfrage erfolgt im Anschluss an den Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf, die zweite Abfrage im Anschluss an die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Die beiden Abfragen erfolgen jeweils gesondert mit einem gemeinsamen Anforderungsschreiben von BMZ und BMF, das notwendige ergänzende Erfassungshinweise für die Kosten für Flüchtlinge im Inland enthält. Die Meldungen sind an das BMZ und an das zuständige BMF-Spiegelreferat sowie an das BMF-Referat II D 4 zu übersenden.

15. Einheitliches Liegenschaftsmanagement (ELM)

15.1. Übergang von Bestandsliegenschaften auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt)

Seit dem 1. Januar 2005 obliegt der Bundesanstalt im Rahmen des ELM die Verwaltung und Bewirtschaftung der Dienstliegenschaften des Bundes. Der gesetzliche Übergang des Eigentums an grundsätzlich allen Dienstliegenschaften des Bundes auf die Bundesanstalt ist zum 1. Januar 2013 abgeschlossen.

Dem ELM unterfallen auch Dienstliegenschaften, die im Eigentum eines Dritten stehen und von diesem angemietet oder aufgrund anderer Rechtsvorschriften zur Nutzung überlassen worden sind. Hier tritt die Bundesanstalt durch Vereinbarung mit dem Dritten in den bereits bestehenden Miet- oder Überlassungsvertrag als Mieterin ein und untervermietet die Liegenschaft weiter an den Nutzer. Alle neuen Miet- oder Überlassungsverträge mit Dritten werden gleichfalls durch die Bundesanstalt geschlossen, die die von ihr angemieteten Objekte wiederum durch Untermietverträge dem Nutzer überlässt.

Der Nutzer ist gehalten - ggf. mit Unterstützung der Bundesanstalt -, die Wirtschaftlichkeit seiner Unterbringung regelmäßig auf der Grundlage von Flächenuntersuchungen der Bundesanstalt zu überprüfen.

15.2. Veranschlagung neuer Baumaßnahmen

Baumaßnahmen für Dienststellen des Bundes im Inland sind durch die Bundesanstalt als Bauherrin im Rahmen des ELM abzuwickeln. Die hierzu erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nach § 7 BHO zu den verschiedenen Unterbringungsvarianten (Anmietung anstaltseigene oder Drittliegenschaft, Eigenbau, ÖPP-Projekt, Kauf) führt die Bundesanstalt durch. Für große Unterbringungsmaßnahmen hat sie parallel das zuständige BMF-Fachreferat über die eingeleitete Variantenuntersuchung zu informieren. Die abschließende Entscheidung über die zum Zuge kommende Unterbringungsvariante trifft das nutzende Ressort und führt in Abstimmung mit den zuständigen BMF-Fachreferaten die Etatreife herbei. Seit dem Bundeshaushalt 2013 erfolgt die Finanzierung von Baumaßnahmen im Eigenbau aus dem Wirtschaftsplan der Bundesanstalt. Die übrigen Rahmenbedingungen bleiben dabei unverändert, v. a.:

- Große Baumaßnahmen unterliegen uneingeschränkt dem Verfahren nach § 24 BHO und den hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften einschließlich RBBau. Die Einhaltung des Verfahrens gemäß § 24 BHO, insbesondere das Vorliegen der danach erforderlichen Bauunterlagen, wird haushaltsgesetzlich sichergestellt.
- Wahrung der parlamentarischen Beteiligungsrechte.

- Alle parlamentarischen Einwilligungen in Bezug auf die Bautätigkeit der Bundesanstalt werden weiterhin vom BMF eingeholt.
- Zeitgleiche Veranschlagung der Mieten (bzw. der entsprechenden Verpflichtungsermächtigung) in den Einzelplänen der Nutzer (Titel 518 .2) und die Darstellung der Standarderläuterung gemäß Ziffer 10.4 HRB-E.

Sowohl bei großen Baumaßnahmen im Eigenbau als auch bei durch die Bundesanstalt abzuwickelnden ÖPP-Projekten ist vor Beginn der Maßnahme sicher zu stellen, dass die Mietveranschlagung (Ausbringung einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung für die zwischen der Bundesanstalt und dem zukünftigen Nutzer zu schließende Infrastrukturvereinbarung) im Nutzerhaushalt (Tit. 518 .2) zusammen mit dem Ausweis im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt (bei ÖPP: Ausweis der ggf. erforderlichen Anschubfinanzierung) erfolgt. Dabei ist zu beachten, dass Baukosten auch sämtliche in die Mietwertermittlung durch die Bundesanstalt einfließenden Baunebenkosten umfassen; d. h. auch die Verwaltungskostenerstattungen an die Bauverwaltungen, die durch die Bundesanstalt an den Einzelplan 16 abzuführen sind. Der als **Anhang 8** beigefügte Ablaufplan ist dabei zu beachten.

15.3. Beendigung der unentgeltlichen/ermäßigten Nutzung von Bundesliegenschaften durch Dritte

Die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen (unentgeltlich/ermäßigt) durch Dritte (Zuwendungsempfänger, sonstige Nutzer) ist grundsätzlich zu beenden, sofern keine zwingenden Gründe der Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis entgegenstehen. Soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt Finanzierungsabkommen mit Dritten (insbes. Bundesländer, internationale Organisationen) die Grundstücksnutzung zu marktunüblichen Konditionen vorsehen, sind mit diesen Dritten Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, gegenwärtig noch einer Umstellung der Grundstücksnutzung auf Mietvertragsbasis zu marktüblichen Konditionen entgegenstehende Finanzierungsabkommen abzuändern.

16. **Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen/ Zahlungen in fremder Währung**

Beiträge bzw. Zuschüsse an Organisationen, Vereine und Verbände, insbesondere Leistungen des Bundes an internationale und supranationale Organisationen sind hinsichtlich ihrer fortdauernden Berechtigung kritisch zu hinterfragen. Mitgliedschaften oder Zuschüsse, deren Zweck mittlerweile als überholt anzusehen ist, sind zu kündigen.

Für Zahlungen in fremder Währung gilt Nr. 4.11 HRB-E. Danach sind als Aufstellungskurse die Wechselkurse der EZB sowie der Referenzwert für die Sonderzie-

hungsrechte des Internationalen Währungsfonds am 31. Dezember 2016 zu berücksichtigen. Anfang Januar 2017 wird eine entsprechende Wechselkursübersicht im Haushaltsportal des BMF bekannt gegeben (<https://bmfiportal.zivivt.iv.bfinv.de> - Haushaltsaufstellung - Bundeshaushalt 2018).

Sollte es aufgrund der weiteren Kursentwicklung notwendig werden, einen anderen Stichtag zur Berechnung heranzuziehen, erfolgt eine gesonderte Bekanntgabe der danach anzuwendenden Kurse.

17. Dokumentation der Sonderabgaben

Die Dokumentation der Sonderabgaben (Bundeshaushalt 2017, Übersicht VI) ist fortzuschreiben; neue Abgaben sind zu ergänzen. Im Übrigen wird auf **Anhang 9** verwiesen.

18. Dokumentation der Ausgabereste für das parlamentarische Verfahren

Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist in dem auf die Zuleitung des Regierungsentwurfs folgenden parlamentarischen Verfahren Gelegenheit zu geben, die Ausgaberesteentwicklung im flexibilisierten und im nicht flexibilisierten Bereich im Zusammenhang mit den jeweiligen Neubewilligungen zu bewerten. Ergänzend zur Darstellung der gebildeten Ausgabereste im Druckstück des Regierungsentwurfs sind den Berichterstattern rechtzeitig vor den Berichterstattergesprächen von den Ressorts ggf. geeignete Übersichten zu den wesentlichen Ausgaberesten (z. B. aktueller Restbestand/-abfluss, geplante Verwendung der Reste etc.) als Beratungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Welche (ergänzenden) Unterlagen von den Berichterstattern tatsächlich benötigt werden, sollte individuell nach den Erfahrungen der Berichterstattergespräche zum Regierungsentwurf 2017 bzw. durch Rücksprache mit den Berichtstattern ermittelt werden.

19. Dokumentation der EU-Einnahmen und der korrespondierenden Ausgaben für das parlamentarische Verfahren

Den Berichtstattern ist eine Übersicht zu den EU-Einnahmen und den korrespondierenden Ausgaben zur Verfügung zu stellen. Die Informationen sollten gemäß dem Muster **Anhang 10** aufbereitet und unmittelbar den Berichtstattern für den betreffenden Einzelplan vor den Berichtstattergesprächen übersandt werden.

20. Institutionell geförderte Zuwendungsempfänger und entsprechend geförderte Einrichtungen

- 20.1. Eine Ausweitung der Zahl der Zuwendungsempfänger kommt nicht in Betracht. Die Aufnahme eines neuen Zuwendungsempfängers in die institutionelle Förderung ist

durch das Ausscheiden eines anderen Zuwendungsempfängers in einem finanziell gleichwertigen Umfang auszugleichen (sog. Omnibusprinzip).

- 20.2. Soweit die Stellenpläne der in § 2 des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes vom 5. Dezember 2012 genannten Einrichtungen im Bundeshaushalt nicht mehr abgedruckt werden, ist sicherzustellen, dass die Einrichtungen die Stellenübersichten in den Wirtschaftsplänen unverbindlich fortführen. Damit bleibt auch künftig die Stellenentwicklung dieser Einrichtungen, einschließlich der Ist-Besetzung, nachvollziehbar (vgl. Gesetzesbegründung zu § 3 Wissenschaftsfreiheitsgesetz).
- 20.3. Für die Zuschüsse des Bundes zu den Personalausgaben der vom Bund allein und der vom Bund und den Ländern gemeinsam geförderten Zuwendungsempfänger sowie für die Zuschüsse zu den Personalausgaben bei der Erstattung von Verwaltungskosten ist Ziffer 7 anzuwenden.
- 20.4. Bei den Zuweisungen des Bundes an die Länder für die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) sind die je Einzelplan für die Zuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel von den betroffenen Ressorts vor den Bedarfsverhandlungen mit dem BMF abzustimmen.
- 20.5. Die Veranschlagungsgrundsätze nach Ziffer 8 für die Beschaffung von nicht personen gebundenen Dienstkraftfahrzeugen (**Anhänge 3 und 4**) und von Geschäftszimmerausstattungen (**Anhang 5**) sind für den Bereich der institutionell geförderten Zuwendungsempfänger sinngemäß anzuwenden.
- 20.6. Bei Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung sind die Richtlinien für den Einsatz der Informationstechnik in der Bundesverwaltung (IT-Richtlinien) vom 18. Dezember 1988 (GMBI 1988 S. 469) entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass
 - bei Ausgaben für IT von jährlich mehr als 500 TEUR ein IT-Rahmenkonzept zu erstellen ist und haushaltsbegründende Unterlagen gemäß Ziffer 9 zu übersenden sind,
 - das IT-Rahmenkonzept vom zuständigen Ressort zu prüfen ist.

21. **Sondervermögen „Energie- und Klimafonds (EKF)“**

Für die Aufstellung des Wirtschafts- und Finanzplans des EKF im Eckwerte-Verfahren folgt ein gesondertes Rundschreiben.

22. Technische Hinweise

- 22.1. Der sog. „Gelbdruck“ (vgl. Nr. 1.2 HRB-E) wird im Anschluss an die Veröffentlichung dieses Rundschreibens und nach Drucklegung des Haushalts 2017 vom BMF erstellt und durch die jeweiligen BMF-Fachreferate ausschließlich per E-Mail als PDF-Dokument an die Ressorts übersandt.

Im „Gelbdruck“ sind im Wesentlichen nur Änderungen vorzunehmen, die nicht das Dispositiv betreffen; d. h. lediglich Vorwort/Vorbemerkungen, Titelerläuterungen und Wirtschaftspläne und andere Übersichten/Anlagen können geändert werden. Im Einzelfall können auch Änderungen am Dispositiv vorgenommen werden, die zwischen Ressort und BMF unstreitig sind und keiner bilateralen Behandlung bedürfen, so dass sie bereits vor Übersendung der Voranschläge vorgenommen werden können. Die genannten Änderungen sind in dem übersandten Exemplar von Hand einzuarbeiten. Alternativ kann auch ressortseitig ein neues Druckstück, in dem die Änderungen deutlich gekennzeichnet sind, produziert und dem BMF übersandt werden.

Um den Ressorts im Anschluss die Erfassung der Voranschläge auf der dem „Gelbdruck“ entsprechenden Datenbasis zu ermöglichen, werden die BMF-Fachreferate den Ressorts den geänderten Datenbestand im Wege des elektronischen Postauswechs zur Verfügung stellen.

- 22.2. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass in jeder Phase des Aufstellungsverfahrens die Möglichkeit besteht, selbstständig ein Druckstück (in Form eines Korrektorexemplars) über das Auswertungssystem „Haushalt@Web“ zu erstellen. Das Auswertungssystem finden Sie im Portal der Haushaltsabteilung des BMF unter > Fachverfahren > Haushalt und Finanzplan.
- 22.3. Die Voranschläge zum Haushaltsentwurf 2018 und für die Finanzplanjahre 2019 bis 2021 sind im Dialog (Service-Funktion „Datenaustausch zwischen Ressort- und BMF-Abt. II-Datenbank“/Hauptmenü W) zu übermitteln. Die aktuelle Schnittstellenbeschreibung für den „Datentransfer“ in die Ressort-Datenbank kann im Portal der Haushaltsabteilung (<http://bmfiportal.zivit.iv.bfinv.de>), dort im „Informationszentrum“ unter „Technisches“, heruntergeladen werden.

Bei ressortseitig eingesetzten IT-Verfahren muss die Richtigkeit der Datenstruktur/Kompatibilität zur Haushaltsdatenbank des BMF sichergestellt sein. Darüber hinaus müssen die elektronisch übermittelten Haushaltsdaten mit den papiermäßigen Voranschlägen übereinstimmen.

In die Voranschläge sind dabei neben den Titeldressen und den Ansätzen im Finanzplanungszeitraum

- Verpflichtungsermächtigungen (VE) sowie

- die Beträge (bzw. Teilbeträge) für die Finanzhilfen (FH) aufzunehmen.

22.4. Die Anzahl der einzureichenden Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan wird gesondert mitgeteilt.

Dem Bundesrechnungshof (BRH) sind je ein Abdruck der Haushaltsvoranschläge und der Voranschläge zum Finanzplan zuzuleiten. Unterlagen, die in elektronischer Form vorliegen, sind hierbei nicht gesondert auszudrucken, sondern können dem BRH in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Datenträger) übersandt werden.

23. Darstellung der EU-Mittel

Hinsichtlich der Darstellung der EU-Mittel im Bundeshaushalt entsprechend dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10. Juni 2011 (TOP 9) und vom 26. September 2014 (TOP 16) wird auf das BMF-Rundschreiben an die Obersten Bundesbehörden vom 31. August 2011 - II A 1 - H 3045/10/10038; DOK: 2011/0689806 - erneut hingewiesen.

Anhang 1

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001

DOK: 2016/1130621

Veranschlagung von Gebühreneinnahmen

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung				Soll 2018 - in T € -	Soll 2017 - in T € -	Ist 2016 - in T € -
	hiervon anteilig:						
	Rechtsgrundlage (i. d. R. GebührenVO)	Gebührenregelung zuletzt geändert	Änderung geplant (ja/nein)	Kosten- deckungsgrad *)			

*) Angabe des Kostendeckungsgrades bezogen auf die einzelnen Gebühren-/ Entgeltvorschriften. Soweit noch keine entsprechenden Daten der Kosten-/ Leistungsrechnung vorliegen, sind qualifizierte Schätzungen vorzunehmen.

D. Hinweise zur Tabelle

- Tit. 431 57 und 432 57 (Versorgungsbezüge):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2016 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl. Das Ergebnis künftiger Besoldungsrunden bleibt unberücksichtigt.
- Tit. 434 57 (Versorgungsrücklage):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des rechnerischen Solls 2018 der Versorgungsbezüge (Tit. 431 57 und 432 57) multipliziert mit dem Berechnungsfaktor für die Zuführung an die Versorgungsrücklage von 0,040618761. Bei der Ermittlung des Faktors sind künftige Besoldungsrunden unberücksichtigt geblieben.
- Tit. 446 57 (Beihilfe):
Die Herleitung erfolgt auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2016 unter Berücksichtigung der Veränderung der Empfängerzahl und einer Kostensteigerung von 4 % p.a.
- Tit. 443 57 (Fürsorgeleistungen), 453 57 (Trennungsgeld), 632 57 (Abfindungen und Erstattungen des Bundes an Dritte für Versorgungslasten):
Die Herleitung erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben der Vorjahre.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2016 und 1. Januar 2017 wird - voraussichtlich Anfang April 2017 - vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt.

A. Ansätze 2018
(Tabellenblatt 1)

Anhang 2 b

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001

Dok: 2016/1130621

Titel	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Empfängerzu- oder -abgang 2017 (Saldo Veränderung; aus Spalte 11 Tabellenblatt 3 "Empfängerentwicklung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2017	Basis (voraus. Ist 2017) (Sp. 4+6+7)	Empfängerzu- oder -abgang 2018 (Saldo Veränderung; aus Spalte 17 Tabellenblatt 13 "Empfängerentwicklung")		Versorgungs- anpassung Kostenstei- gerung Beihilfe 2018	rechn. Soll 2018 (Sp. 8+10+11)	geltender Finanzplan 2018	Ressortan- forderung 2018
	in T €	in T €	in T €	in %	in T € (Sp. 5 x Sp. 4)	in T €	in T €	in %	in T € (Sp. 8 x Sp. 9)	in T €	in T €	in T €	in T €
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
431 57					0	0	0		0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger													
432 57					0	0	0		0	0	0		
Versorgungsbezüge													
434 57							0				0		
Versorgungsrücklage													
443 57					0		0		0		0		
Fürsorgeleistungen													
446 57					0	0	0		0	0	0		
Beihilfe													
453 57					0		0		0		0		
Trennungsgeld													
632 57					0		0		0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten													
Summe	0	0	0		0	0	0		0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 5 und 9: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 ("Empfängerentwicklung").

Spalte 11: Es ist keine Versorgungsanpassung zu unterstellen (siehe unter D. Hinweise). Bei der Beihilfe ist von einer Kostensteigerung von 4 % auszugehen.

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün unterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Versorgungsanpassung 2017:	0,0235
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2017:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2018:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2018:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2017:	0,040618761
Faktor Versorgungsrücklage 2018:	0,040618761

Titel	Soll 2018	Empfängerzu- oder -abgang 2019 (Saldo Veränderung; aus Spalte 23 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwicklung“)		Versorgungsanpassung Kostensteigerung Beihilfe 2019	rechn. Soll 2019 (Sp. 4+6+7)	geltender Finanzplan 2019	Ressortanforderung 2019	Empfängerzu- oder -abgang 2020 (Saldo Veränderung; aus Spalte 29 Tabellenblatt 3 „Empfängerentwicklung“)		Versorgungsanpassung Kostensteigerung Beihilfe 2020	rechn. Soll 2020 (Sp. 8+10+11)	geltender Finanzplan 2020	Ressortanforderung 2020	Empfängerzu- oder -abgang 2021 (Saldo Veränderung; aus Spalte 35 Tabellenblatt "Empfängerentwicklung")		Versorgungsanpassung Kostensteigerung Beihilfe 2021	rechn. Soll 2021 (Sp.12+16+17)	geltender Finanzplan 2021	Ressortanforderung 2021
	in T€	in %	in T€ (Sp. 5 x Sp. 4)	in T€	in T€			in %	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)	in T€	in T€	in T€	in T€	in %	in T€ (Sp. 8 x Sp. 9)	in T€	in T€	in T€	in T€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
431 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge Amtsträger																			
432 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Versorgungsbezüge																			
434 57					0						0						0		
Versorgungsrücklage																			
443 57			0		0				0		0				0		0		
Fürsorgeleistungen																			
446 57			0	0	0				0	0	0				0	0	0		
Beihilfe																			
453 57			0		0				0		0				0		0		
Trennungsgeld																			
632 57			0		0				0		0				0		0		
Abfindungen/Erstattungen des Bundes für Versorgungslasten																			
Summe	0		0	0	0				0	0	0	0	0		0	0	0	0	0

Hinweise:

Spalte 3,9 und 15: Hinweise siehe Tabellenblatt 3 ("Empfängerentwicklung")

Spalte 5,11 und 17: Es ist keine Versorgungsanpassung zu unterstellen. Bei der Beihilfe ist von einer Kostensteigerung von 4 % auszugehen

Mit Formeln hinterhellgrün hinterlegt. Faktoren können über nachfolgende Tabelle zentral geändert werden:

Faktor Versorgungsanpassung 2019:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2019:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2020:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2020:	0,04
Faktor Versorgungsanpassung 2021:	0,00
Faktor Kostensteigerung Beihilfe 2021:	0,04
Faktor Versorgungsrücklage 2019-2021:	0,040618761

C. Empfängerentwicklung
(Tabellenblatt 3)

Anhang 2 b
zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001
Dok: 2016/1130621

2017 (Zwischenschritt)										
	Bestand 1.1.2015	Bestand 1.1.2016	Veränderung 2015 auf 2016 in %	Bestand 1.1.2017	Veränderung ggü. 2017 in %	Ressort- meldung nur Zugänge 2017 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2017 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2017 in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Ruhegehalts- empfänger sowie Witwen und Waisen	95	98	3,16	101	3,06	5	4,95	2	2,95	2,95

Mit Formeln hinterlegte Zellen sind hellgrün hinterlegt.

Zum besseren Verständnis sind die Spalten Bestand und Ressortmeldung (Spalten 2,3,5,7,13,19, 25, 31) mit fiktiven Werten ausgefüllt.

Die Anzahl der Versorgungsempfänger zum 1. Januar 2017 (Spalte 5) wird durch das Stat. Bundesamt Anfang April herausgegeben.

Die Spalte "rechnerischer Bestand" greift auf die vorherige Spalte "ggf. manuell korrigierte Veränderung in %" zu.

Bei der "Bestandsabgangsquote" von 2 % handelt es sich um einen Durchschnittswert.

Faktor "Bestandsabgangsquote": 0,02

C. Empfängerentwicklung
(Tabellenblatt 3)

Anhang 2 b

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001
Dok: 2016/1130621

2018						2019					
rechnerischer Bestand 1.1.2018	Ressort- meldung nur Zugänge 2018 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2018 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2018 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2019	Ressort- meldung nur Zugänge 2019 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2019 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2019 in %
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
104	6	5,77	2	3,77	3,77	108	8	7,41	2	5,41	5,41

C. Empfängerentwicklung
(Tabellenblatt 3)

Anhang 2 b

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001
Dok: 2016/1130621

2020						2021					
rechnerischer Bestand 1.1.2020	Ressort- meldung nur Zugänge 2020 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2020 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2020 in %	rechnerischer Bestand 1.1.2021	Ressort- meldung nur Zugänge 2021 (absolut)	in v.H. (nur Zugänge)	Empfänger- abgänge (absolut) gem. "Bestands- abgangs- quote"	"Saldo" errechnete Veränderung 2021 in %	ggf. manuell korrigierte Veränderung 2021 in %
24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
114	6	5,28	2	3,28	3,28	117	5	4,26	2	2,26	2,26

Ausgaben für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

(Nr. 12.2.1 HRB-E)

Beschaffungen (Kauf, Miete, Leasing) von Dienstkraftfahrzeugen (DKfz) sind nur zulässig, wenn hierfür ein dringendes dienstliches Bedürfnis besteht. Vor Ersatzbeschaffungen ist zunächst zu prüfen, ob auf das auszusondernde Fahrzeug ersatzlos verzichtet werden kann oder ob ein kleineres oder schwächeres Fahrzeug ausreicht und wirtschaftlicher ist.

Für die Bundesverwaltung sind schadstoffarme Kraftfahrzeuge mit möglichst geringem Treibstoffverbrauch sowie einer überdurchschnittlich guten CO₂-Effizienzklasse gemäß Energieverbrauchs-kennzeichnungsverordnung zu beschaffen, deren Motoren der Abgasnorm **EURO 6** entsprechen.

Mit dem Regierungsprogramm „Elektromobilität“ wurden u. a. auch die Fahrzeugflotten der Bundesressorts als ein geeignetes Einsatzfeld für Elektrofahrzeuge (e-DKfz) identifiziert. Daher sollen die Bundesressorts mit ihren nachgeordneten Bereichen die Einführung von Elektrofahrzeugen am Markt mit entsprechenden Beschaffungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung begleiten. Angestrebter Zielwert für 2018 ist die Beschaffung von bis zu zwanzig Prozent der Neufahrzeuge, die weniger als 50 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

1. Handelsübliche Dienstkraftfahrzeuge

1. Personengebundene DKfz

1.1. Personengebundene DKfz stehen in der Bundesverwaltung nur den in §§ 14 und 21 der Richtlinie für die Nutzung von DKfz in der Bundesverwaltung (DKfz-R) vom 29. Juni 1993 (GMBL. 1993, 398) in der Fassung vom 16. Oktober 1997 (GMBL 1997, S. 738) genannten Personen zur Verfügung.

1.2. Zugelassen ist nur die Beschaffung von Kraftfahrzeugen, die serienmäßig hergestellt werden. „Langversionen“ bleiben grundsätzlich den Bundesministerinnen und Bundesministern vorbehalten.

Es gelten folgende Preisgrenzen (ohne ggf. funktechnische Ausstattung, Sondersignalanlage und Standheizung):

a) Bundesministerinnen/Bundesminister

bis 58.600 €

- | | |
|---|---------------------|
| b) Staatsministerinnen/Staatsminister
Parl. Staatssekretärinnen/Staatssekretäre
Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 11 und
gleichgestellte Personen | bis 48.300 € |
| c) Beamtinnen und Beamte der Bes.-Gr. B 10 und
B 9 (sowie R 10 und R 9) | bis 38.700 € |

2. Nicht personengebundene DKfz

Grundsätzlich sollen nur Kraftfahrzeuge mit einer Leistung von bis zu 170 kW und Kraftfahrzeuge mit Plug-In-Hybrid-Antrieb mit einer Systemleistung von bis zu 210 kW angeschafft werden. Eine Überschreitung dieser Obergrenze ist im Einzelfall allgemein zugelassen, wenn hierdurch der Erwerb eines wirtschaftlicheren Fahrzeuges oder eines Fahrzeuges mit geringerem Treibstoffverbrauch bzw. geringeren Schadstoffemissionen ermöglicht werden kann (z. B. Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge mit einer zusätzlichen elektromotorischen Leistung).

Für die Beschaffung von handelsüblichen DKfz dürfen nicht mehr als die in **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen veranschlagt werden.

Die Preisobergrenzen dürfen lediglich um die Kosten für den Einbau einer Standheizung um bis zu 1.600 € überschritten werden, wenn der Einbau einer Standheizung dienstlich notwendig ist.

Die Dienststellen ermitteln ihre jeweiligen Mobilitäts- und Transportbedürfnisse und decken diese durch ein bestimmtes - in Größe und Leistung dem sachlichen Bedürfnis entsprechenden - Fahrzeugsegment.

Bei bestehenden Fahrbereitschaften ist zu prüfen, ob aufgrund der Fahrbedürfnisse anstelle der eingesetzten Personenkraftwagen der Einsatz von Transportern (in der Regel Fahrzeuge mit 8 Sitzen + Fahrer) wirtschaftlicher ist.

3. Veranschlagungsbeträge für DKfz (Nr. 12.2.1 HRB-E)

Die in **Anhang 4** genannten Preisobergrenzen schließen die Mehrwertsteuer, Überführungskosten, sowie eine angemessene weitergehende Ausstattung ein. Darüber hinaus dürfen keine weiteren Ausgaben für Sonderausstattungen veranschlagt werden.

Die festgelegten Preisobergrenzen in den jeweiligen Fahrzeugsegmenten, dienen zur Ermittlung des zu veranschlagenden Ausgabebedarfs. Sie umfassen zusätzlich eine angemessene Komfort- und Sicherheitsausstattung, soweit diese nicht bereits serienmäßig

vorhanden ist. Die Beschaffung anderer als in der Veranschlagungspreisliste beispielhaft aufgeführter Fahrzeuge ist möglich.

Bei den in **Anhang 4** dargestellten Fahrzeugsegmenten handelt es sich um „handelsübliche Standardfahrzeuge“. Diese werden durch die - für die ressortübergreifende Beschaffung von handelsüblichen Dienstkraftfahrzeugen - zuständige Zentrale Beschaffungsstelle (ZBSt) - der Bundesfinanzdirektion Südwest - im Online-Katalog des „Kaufhaus des Bundes (KdB)“ vorkonfiguriert zum Abruf zur Verfügung gestellt. Die dort abgebildeten Konfigurationsmöglichkeiten erlauben die Bedarfsdeckung nahezu aller dienstlichen Mobilitätsbedürfnisse.

Die Veranschlagung von DKfz der lfd.-Nr. 6 von **Anhang 4** ist nur zulässig für die Beschaffung personengebundener DKfz für den unter Nr. 1.2 Bst a) und b) genannten Personenkreis.

Für die Beschaffung von e-DKfz - mit den in **Anhang 4** beschriebenen Antriebsvarianten und Kriterien - können in bestimmten Fahrzeugsegmenten höhere Preise veranschlagt werden. Die zuständige ZBSt wird den Bedarf an e-DKfz im Rahmen einer ressortübergreifenden Bedarfsabfrage ermitteln.

2. Einsatzfahrzeuge

1. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für sondergeschützte DKfz

1.3. Ausgaben für die Beschaffung von sondergeschützten DKfz sind grundsätzlich zentral im Einzelplan 06 zu veranschlagen.

Der Bedarf wird zentral vom Bundeskriminalamt (BKA) ermittelt. Neuer Bedarf ist sofort nach Bekanntwerden über das BMI an das BKA zu melden. Hinsichtlich Ersatzbeschaffungen sondergeschützter DKfz tritt das BKA direkt an die Bedarfsträger heran.

1.4. Ausgaben für Kraft- und Schmierstoffe, sowie Fernmeldegebühren für Autotelefone sondergeschützter DKfz sind in jedem Fall im jeweiligen Epl. zu veranschlagen.

1.5. Die Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten (Reparaturen usw.) sind

- für sondergeschützte DKfz, die den Ressorts vom BKA zur eigenverantwortlichen Nutzung zum Schutz von Personen, die nicht unter § 5 BKA-Gesetz fallen, überlassen werden, im jeweiligen Einzelfall und
- für sondergeschützte DKfz, die vom BKA für unter § 5 BKA-Gesetz fallende Personen eingesetzt werden (sog. BKA-Pool), im Einzelplan 06 auszubringen.

2. Regelungen für die Veranschlagung der Kosten für Einsatzfahrzeuge für Sonderdienste

Einsatzfahrzeuge für Sicherheitsbehörden können auf Grundlage einer aufgabenbezogenen Einsatzkonzeption und daraus abgeleiteter fachlicher Anforderungsprofile entwickelt und ausgestattet werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sind nicht in den im **Anhang 4** dargestellten Preisobergrenzen enthalten und müssen gesondert veranschlagt werden (z. B. funktechnische Ausrüstung, Sondersignalanlage).

Anhang 4

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001

Dok: 2016/1130621

Veranschlagungspreise für die Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen

lfd. Nr. der Klasse	KBA-Bezeichnung des Fahrzeug-segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motorleistung [kW]	Preisobergrenzen inkl. MwSt [Euro]
1	e-Minis	<u>Personenkraftwagen</u> mit Elektroantrieb entsprechend Volkswagen e-Up, Smart Fortwo Electric Drive oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türig mit Heckklappe, Batteriekauf, elektrische Reichweite von mind. 160 km	bis 65	24.700 €
2	Kleinwagen	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Volkswagen Polo, Opel Corsa, Ford Fiesta oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 70	15.500 €
3	Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Golf Variant, Opel Astra Sports Tourer, Ford Focus Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 120	21.000 €
3a	Kompaktklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Volkswagen Golf GTE, Audi A3 e-tron, Toyota Prius Plug-In oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, Batteriekauf, elektrische Reichweite von mind. 50 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 165	34.100 €
3b	e-Kompaktklasse	<u>Personenkraftwagen</u> mit Elektroantrieb entsprechend Volkswagen e-Golf, Mercedes-Benz B-Klasse Electric Drive oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, Batteriekauf, elektrische Reichweite von mind. 185 km	bis 135	34.600 €
4	Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Kombi entsprechend Volkswagen Passat Variant, Opel Insignia Sports Tourer, Ford Mondeo Turnier oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	25.500 €
4a	Mittelklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Volkswagen Passat GTE oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze, Batteriekauf, elektrische Reichweite von mind. 50 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 165	36.200 €
5	Obere Mittelklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A6, BMW 5er, Mercedes-Benz E-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 150	31.800 €
5a	Obere Mittelklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Mercedes-Benz E-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 4 Sitzplätze, Batteriekauf, elektrische Reichweite von mind. 50 km, max. 50 g CO ₂ /km	bis 210	38.700 €
6	Oberklasse	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine entsprechend Audi A8, BMW 7er, Mercedes-Benz S-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 4 Sitzplätze	bis 190	48.300 €

lfd. Nr. der Klasse	KBA-Bezeichnung des Fahrzeug-segments	Beschreibung der Fahrzeugklasse	Motorleistung [kW]	Preisobergrenzen inkl. MwSt [Euro]
6a	Oberklasse Hybrid	<u>Personenkraftwagen</u> Limousine mit Plug-In-Hybrid-Antrieb entsprechend Audi A8, BMW 7er, Mercedes-Benz S-Klasse oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig, 4 Sitzplätze, Batteriekauf, elektrische Reichweite von mind. 50 km,	bis 210	58.600 €
7	Geländewagen klein	<u>Personenkraftwagen</u> SUV entsprechend BMW X3, Land Rover Freelander, Mitsubishi Outlander oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb, 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 130	30.500 €
8	Geländewagen groß	schwerer <u>Geländewagen</u> entsprechend Land Rover Discovery, Mitsubishi Pajero, Toyota Landcruiser oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung; 4-türig mit Heckklappe, 5 Sitzplätze	bis 160	40.800 €
9	Geländewagen Pickup	<u>Geländewagen</u> Pickup, Doppelkabine Pritsche, entsprechend Volkswagen Amarok, Ford Ranger, Mitsubishi L200 oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (zGG. kleiner 3 t), Allradantrieb mit Getriebeuntersetzung, 4-türig, 5 Sitzplätze	bis 140	31.700 €
10	Großraum-Van klein	<u>Personenkraftwagen</u> entsprechend Opel Zafira, Volkswagen Touran, Ford C-Max oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 4-türig mit Heckklappe, 7 Sitzplätze	bis 120	22.800 €
11	Utilities klein	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Caddy, Opel Combo, Renault Kangoo oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 2-türiger Kastenwagen mit Heckklappe	bis 85	20.900 €
11a	e-Utilities klein	Kleintransporter mit Elektroantrieb entsprechend Renault Kangoo Z.E. oder Fahrzeuge vergleichbarer Art, 3-türig, 5 Sitzplätze, Batteriemiete, elektrische Reichweite mind. 160 km	bis 70	25.000 €
12	Utilities mittel	<u>Kleintransporter</u> entsprechend Volkswagen Transporter, Mercedes-Benz Vito, Ford Transit oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (bis ca. 3 t zGG), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Heckklappe, bis zu 8 Sitzplätze	bis 130	34.700 €
13	Utilities groß	<u>Transporter</u> Kombi entsprechend Volkswagen Crafter, Mercedes-Benz Sprinter, Citroen Jumper oder Fahrzeuge vergleichbarer Art (mit einem zGG über 3 t), 2 türig mit mind. 1 Schiebetür und Hecktüren, bis zu 8 Sitzplätze	bis 140	44.300 €

Höchstpreise für die Ausstattung von Geschäftszimmern der Bundesbediensteten

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Bundesministerinnen/Bundesminister, Staatsministerinnen/Staatsminister, Staatssekretärinnen/Staatssekretäre und ähnliche Beamtinnen/Beamte oberhalb Bes.-Gr. B 9.	je nach Einzelfall
Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen bis zur Bes.-Gr. B 8 abwärts; Generäle, Admirale; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Ministerien; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 9 und B 6.	7.800
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden und obersten Bundesgerichtshöfen der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Direktionspräsidentinnen und Direktionspräsidenten bei der Generalzolldirektion; Leiterinnen/Leiter von Mittelbehörden der Bes.-Gr. B 7 bis B 5; Unterabteilungsleiterinnen/Unterabteilungsleiter der Ministerien sowie Generäle in entsprechender Dienststellung; Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15, Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 6 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen.	6.800
Leiterinnen/Leiter und stellvertretende Leiterinnen/Leiter von Bundesoberbehörden sowie Leiterinnen/Leiter der Bundesmittelbehörden der Bes.-Gr. B 4 bis B 1; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. B 3 bis A 15 bzw. E.-Gr. AT bis 15 der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter in Bes.-Gr. B 3 und A 16 bzw. E.-Gr. AT und ATB (nur bei Auslandsvertretungen, deren Leiterinnen/Leiter der Bes.-Gr. B 9 angehören).	5.000

Personenkreis	Höchstpreis - in € -
Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Ministerien; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesoberbehörden, soweit sie den Bes.-Gr. A 16 und höher angehören; Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter der Bundesmittelbehörden; Ständige Vertreterinnen/Vertreter in Bes.-Gr. A 14 bzw. E.-Gr. 14 abwärts der Leiterinnen/Leiter von Auslandsvertretungen; Referatsleiterinnen/Referatsleiter und Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 16 und A 15 bzw. E.-Gr. AT B und 15.	4.200
Referentinnen/Referenten der Ministerien; Referatsleiterinnen/Referatsleiter der Bundesober- und -mittelbehörden; Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter usw. von Ortsbehörden; Referentinnen/Referenten bei Auslandsvertretungen in Bes.-Gr. A 14 und A 13 h bzw. E.-Gr. 14 und 13, Kanzlerinnen/Kanzler I. Klasse und Kanzlerinnen/Kanzler als Leiterinnen/Leiter der Verwaltung.	3.800 ¹⁾
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechend zu bewertenden Aufgaben.	3.800
Bedienstete im Registratordienst und in gleich zu bewertender Tätigkeit; Bürosachbearbeiterinnen/Bürosachbearbeiter und andere Bedienstete mit entsprechen zu bewertenden Aufgaben; Schreibkräfte	3.200

¹⁾ ggf. Zuschlag für Vorsteherinnen/Vorsteher, Leiterinnen/Leiter von Ortsbehörden: 500 €

Formblatt**für IT-Maßnahmen mit einem Umfang von mehr als 10 Mio. € für das Haushaltsjahr 2018****Kapitel:** _____ **Titel:** _____ - IT-Haushaltsmittel**IT-Maßnahme:** _____**Kurzbezeichnung:** _____**Nummer gemäß ITR4WEB (soweit vorhanden):** _____**Haushaltsaufstellung (Soll) 2018**

Wirtschaftlichkeits- und Prioritätsbetrachtungen
<input type="checkbox"/> Keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt
<input type="checkbox"/> Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für alle Aktivitäten dieser Maßnahme durchgeführt; die jeweiligen Werte und Art der WiBe sind im IT-Rahmenkonzept dargestellt

Auswirkungen auf den	
Sachhaushalt Ansatz: _____ T€ beinhaltet: <input type="checkbox"/> laufende Kosten <input type="checkbox"/> rechtlich gebundene Mittel <input type="checkbox"/> Kosten für Ersatzbeschaffungen <input type="checkbox"/> Kosten für neue Maßnahmen	Personalhaushalt <input type="checkbox"/> einzusparende Planstellen/Stellen <input type="checkbox"/> im Rahmen der gesetzlichen Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> sonstige sofortige Stelleneinsparungen: _____ Stellen <input type="checkbox"/> kw-Vermerke: _____ Stellen <input type="checkbox"/> neue Planstellen/Stellen _____ Stellen

Weitere Ausgaben für diese Maßnahme in Höhe von _____ T€ sind im Kapitel ____ veranschlagt.

Erläuterungen:

Übersichten - Teil X

ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen

A. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP)

(ÖPP-Erwerbermodell, ÖPP-Leasingmodell, ÖPP-Mietmodell, ÖPP-Inhabermodell und vergleichbare Modelle sowie sonstige ÖPP-Projekte von erheblicher finanzieller Bedeutung)

B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen

(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf und vergleichbare Modelle)

Epl. Kap. Titel	Maßnahme	Gesamt- ausgaben (Sp. 4-7)	Finanzierungsverlauf				Laufzeit (Vertrags- ende /Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)
			Veraus- gabt bis 2016	Soll 2017	Veran- schlagt 2018	Folgejahre (insge- samt) 2019 ff.		
			Mio. €					Mio. €
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	A. ÖPP-Projekte							
	I. Hochbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	II. Tiefbau							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
	III. Sonstige							
	a) Laufende Maßnahmen							
	b) Neue Maßnahmen							
Summe Teil A.								
1210 823 12/ 1210 823 22	B. Private Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen							
	Tiefbau							
	- Laufende Maßnahmen -							
Summe Teil B.								
Nachrichtlich: C. ÖPP-Projekte der BlmA¹		Gesamt- ausgaben (Sp. 3-6)	bis 2016	2017	2018	Folgejahre (insge- samt) 2019 ff.	Laufzeit (Vertrags- ende /Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option)

¹ Vorhaben der BImA sind nicht im Bundeshaushalt veranschlagt

zu Spalte 2 Teil A und B: Zweckbestimmung (ggf. Kurzfassung) / Untergliedert nach I. Hochbau, II. Tiefbau, III. Sonstige sowie a) Laufende Maßnahme und b) neue Maßnahme, soweit veranschlagt.

zu Spalte 1 Teil C: Projektbenennung;

zu Spalten 2 bis 6 Teil C: Projektsummen aus ÖPP-Vertrag

zu Spalte 8 (Teil A und B) bzw. 7 (Teil C): maßgebend ist grundsätzlich die längste Laufzeit

**Unterbringungsmaßnahmen im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM);
Ablaufplan für die Abbildung von Baumaßnahmen im Wirtschaftsplan der
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt) und die Veranschlagung von
Mieten bei Durchführung einer Eigenbaumaßnahme oder eines ÖPP-Projektes im
Bundeshaushalt**

Nach Ziffer 15 der Anlage 2 sind Baumaßnahmen für Dienststellen des Bundes im Inland durch die Bundesanstalt als Bauherrin im Rahmen des ELM abzuwickeln. Neuer oder veränderter Unterbringungsbedarf, z. B. wegen neuer oder veränderter Aufgaben oder aus Gründen der Bestandsoptimierung, wird durch eine der folgenden Maßnahmen gedeckt:

- Vermietung einer eigenen Liegenschaft der Bundesanstalt an den Nutzer zur ortsüblichen Vergleichsmiete oder Kostenmiete bei Spezialliegenschaften;
- Anmietung einer Liegenschaft von einem Dritten durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- aus dem Wirtschaftsplan der Bundesanstalt finanzierter Eigenbau im Rahmen des ELM mit der Bundesanstalt als Bauherrin (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer);
- ÖPP-Projekt bei Abwicklung durch die Bundesanstalt ggf. unter Beteiligung der Partnerschaften Deutschland (PD);
- Kauf einer Liegenschaft durch die Bundesanstalt (anschließend Vermietung durch die Bundesanstalt an den Nutzer).

Die folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die Eigenbaumaßnahmen nach Tired 3 (nachfolgend Buchstabe a) und auf ÖPP-Projekte gemäß Tired 4 (nachfolgend Buchstabe b) genannten Unterbringungsvarianten mit Baukosten über 2.000.000 €¹ (große Baumaßnahmen). Wird im Folgenden keine Differenzierung vorgenommen, gelten die Ausführungen für beide Unterbringungsvarianten gleichermaßen.

- a) Führt die Bundesanstalt eine Baumaßnahme als Bauherrin durch (Eigenbau), bildet sie die prognostizierten Kosten auf Grund der vom BMF anerkannten Kostenobergrenze in ihrem Wirtschaftsplan ab.

¹ ohne Baunebenkosten der KG 710-740

- b) Führt die Bundesanstalt ein ÖPP-Projekt durch, hat sie für ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber privaten Investoren und für eine ggf. erforderliche Anschubfinanzierung in ihrem Wirtschaftsplan Vorsorge zu treffen.

Das nutzende Ressort hat in seinem Einzelplan (Titel 518 .2) die mit der Bundesanstalt abgestimmte Miete als Miet-VE zu veranschlagen und die Baumaßnahme und den ihr zugrunde liegenden Bedarf gegenüber den parlamentarischen Gremien zu vertreten. In den Titelerläuterungen sind die Baumaßnahme und ihr Verlauf darzustellen (gemäß Standarderläuterung Ziffer 10.4 HRB-E). Vorzusehen ist in der Regel eine 30-jährige Mietzeit. Die erstmalige Mietzahlung wird mit der Bezugsfertigkeit des Neubaus und Abschluss des Mietvertrags fällig.

Der Ablauf bis zur Aufnahme der Baukosten in den Wirtschaftsplan der Bundesanstalt sowie die Veranschlagung im Einzelplan des nutzenden Ressorts (Miete) gestaltet sich bei großen Baumaßnahmen im Einzelnen wie folgt (von dieser numerischen Reihenfolge darf nur in besonders zu begründenden Einzelfällen abgewichen werden - siehe auch Nr. 10):

1.

Das Ressort trifft intern die grundsätzliche Entscheidung über den neuen oder veränderten Unterbringungsbedarf. Es legt die zu erfüllenden Anforderungen im Einzelnen (Raumbedarf, Standortpräferenzen, Sicherheitsanforderungen, Sonderbedarf, spezielle Anforderungen an die Gebäude/Bauteile etc.) fest. Das Ressort sollte der Empfehlung der RBBau Abschnitt E/ 2.2.1.5 folgend zur Vermeidung von Fehlplanungen eine Vorabklärung des Bedarfs mit BMF (Spiegelreferat und Referat VIII A 3) herbeiführen.

Danach hat sich das Ressort zur Realisierung des Vorhabens im Rahmen des ELM an die Bundesanstalt (nachrichtlich: Referat VIII A 2) zu wenden. Es benennt sämtliche zu erfüllende Anforderungen, ggf. einschließlich zu berücksichtigender nicht-monetärer Faktoren und eine Einschätzung ihrer Gewichtung

2.

Die Bundesanstalt führt für die im Einzelfall in Betracht kommenden Unterbringungsalternativen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach § 7 Absatz 2 BHO auch unter Berücksichtigung der für die Mietdauer voraussichtlich anzusetzenden Lebenszykluskosten durch. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen umfassen monetäre und erforderlichenfalls nicht-monetäre Faktoren. Die nicht-monetären Faktoren sind zunächst auf ihre Monetarisierbarkeit zu prüfen. Nicht-monetarisierbare Kosten/Nutzenaspekte seitens der Nutzer fließen ebenfalls in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ein. Die Eignung der Maßnahme als ÖPP-Projekt ist durch eine Eignungsprüfung nachzuweisen, die von der Bundesanstalt selbst oder Dritten, wie beispielsweise der PD, durchgeführt werden kann. Bei großen Baumaßnahmen hat die Bundesanstalt nach den Vorschriften der RBBau (Abschnitt E 2.2.2) auf der Grundlage der Ressortanforde-

rungen mit baufachlicher Unterstützung in der Regel der Bauverwaltung eine Variantenuntersuchung zur Bedarfsdeckung durchzuführen. Die Übernahme der anfallenden Kosten hat das Ressort zuvor zu Lasten seines Einzelplans (soweit mehrere Bedarfsträger betroffen sind - verursachergerecht nach den jeweiligen Planungsanteilen) zuzusagen. In dieser Unterlage sind die realisierbaren Varianten der Bedarfsdeckung - wie eingangs dargestellt - zu dokumentieren sowie kostenmäßig und funktional zu bewerten. Um bei umfangreichen Maßnahmen für den Unterbringungsvariantenvergleich eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen zu können, sind die voraussichtlichen Kosten der Eigenbaulösung und ggf. vorgetragene nicht-monetäre Aspekte des Nutzers vor der eigentlichen Anerkennung mit BMUB und BMF (Referat VIII A 3) abzustimmen.

3.

Die Bundesanstalt unterbreitet dem Ressort das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung/Variantenuntersuchung und leitet das Ergebnis auch dem im BMF zuständigen Spiegelreferat zu. Gleichzeitig gibt die Bundesanstalt dem Ressort und dem Spiegelreferat die nach Baufertigstellung und Abschluss des Mietvertrags voraussichtlich zu zahlende Miete bekannt. Soweit nach dem Ergebnis der Variantenuntersuchung eine Realisierung als ÖPP-Projekt vorgeschlagen wird, muss die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung überprüft und durch eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bestätigt werden.

4.

Das nutzende Ressort entscheidet über die Unterbringungsvariante auf Basis der (vorläufigen) Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Bundesanstalt.

- a) Fällt die Entscheidung für eine Eigenbaumaßnahme, hat die Bundesanstalt die Qualifizierung zur ES-Bau nach Abschnitt E 2.2.3 RBBau, die baufachliche Genehmigung der ES-Bau und die Festsetzung der Kostenobergrenze durch BMUB herbeizuführen.
- b) Fällt die (vorläufige) Entscheidung für eine Realisierung als ÖPP-Projekt, werden die weiteren erforderlichen Schritte zur Durchführung als ÖPP-Projekt von der Bundesanstalt beauftragt (Ausschreibung und abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung).

5.

- a) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Anerkennung der ES-Bau (einfache Ausfertigung) beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat VIII A 3 im BMF. Gleichzeitig wird dem Referat VIII A 2 eine Kopie des Antrags ohne Anlagen zugeleitet.
- b) Die Bundesanstalt beantragt die haushaltsmäßige Zustimmung zur Durchführung des ÖPP-Verfahrens beim für die Anerkennung nach § 24 BHO zuständigen Referat VIII A 3

im BMF. Gleichzeitig wird dem Referat VIII A 2 eine Kopie des Antrags ohne Anlagen zugeleitet.

6.

Das Ressort nimmt die mit der Bundesanstalt abgestimmte Miete in seinen Haushaltsvoranschlag auf (in der Regel als VE für 30 Jahre; Grundlage für den Abschluss der zwischen Bundesanstalt und Nutzer zu schließenden Infrastrukturvereinbarung und des Mietvertrags) und legt diesen dem zuständigen Spiegelreferat des BMF vor.

- a) Die Bundesanstalt meldet den im Wirtschaftsplan abgebildeten Ausgabenbedarf als Beitrag zum Haushaltsvoranschlag zu Kapitel 6004 und legt ihn dem BMF (Referat VIII A 2 → Referat Z A 3 → Referat II B 5) vor.
- b) Sofern die nach dem Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wirtschaftlichste ÖPP-Variante eine Anschubfinanzierung vorsieht, ist für diese wie unter 7 a) zu verfahren. Im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt ist Vorsorge zu treffen.

7.

Referat VIII A 3 teilt der Bundesanstalt sowie dem Spiegelreferat des Nutzerressorts und nachrichtlich dem BMUB in einem Schreiben unter Mitzeichnung der Referate II B 5 und VIII A 2 das Prüfungsergebnis

- a) zur ES-Bau mit einem Exemplar der Bauunterlage oder
 - b) zur Anerkennung der bedarfsbegründenden Unterlagen
- mit.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen stimmen sich das Referat II B 5 und das Spiegelreferat des Nutzerressorts über die Veranschlagung der Mieteinnahmen und des Ausgabenbedarfs im Wirtschaftsplan der Bundesanstalt und der Mieten im Entwurf des Bundeshaushalts ab. Die Mieten berücksichtigen neben den Bauausgaben zusätzlich die Baunebenkosten der KG 710-740 und die Verwaltungskosten der Bundesanstalt. Betriebskosten sind im Titel 517 .1 des Nutzerressorts zu veranschlagen.

8.

Das Ressort schließt auf der Basis der mit der Bundesanstalt abgestimmten und im Nutzerhaushalt ausgebrachten Miet-VE eine Infrastrukturvereinbarung ab, deren Gegenstand insbesondere die Zusage des Ressorts ist, das nach seinen in der ES-Bau niedergelegten Vorgaben errichtete Bauwerk bei Bezugsfertigkeit abzunehmen und anzumieten.

9.

- a) Die Bundesanstalt wird Bauherrin und Auftraggeberin gegenüber der Bauverwaltung des Landes bzw. dem BBR für eine konventionelle Eigenbaumaßnahme, das nach deren Fertigstellung vom Nutzer bezogen wird. Vor Besitzübernahme durch den Nutzer ist zwischen der Bundesanstalt und dem Nutzer ein ELM-Mietvertrag zu schließen. Entsprechend den vereinbarten Regelungen sind die Mietzahlungen aufzunehmen.
- b) Die Bundesanstalt wird der öffentliche Partner des ÖPP-Projektes und schließt den ÖPP-Vertrag mit dem Privaten ab, wenn nach dem Ergebnis der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der nach der ÖPP-Ausschreibung wirtschaftlichste Bieter gemäß den in der Ausschreibung festgelegten Kriterien auch im Vergleich zur Eigenbaulösung wirtschaftlicher ist.

Der Nutzer zahlt die Miete nach Fertigstellung der Baumaßnahme und Bezug an die Bundesanstalt (vgl. lit. a) Satz 2).

Sollte entgegen der (vorläufigen) Entscheidung nach 4. b) der Eigenbau wirtschaftlicher sein, ist die Anerkennung der ES-Bau nach den Schritten 4. a) ff. weiter zu verfolgen.

10.

Sofern für den reibungslosen Ablauf des Projektes eine Veranschlagung von Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan des Ressorts vor haushaltsmäßiger Anerkennung der ES-Bau notwendig ist, kann diese mit Zustimmung BMF (federführend Spiegelreferat; Referate VIII A 3, II B 5, VIII A 2) erfolgen. Auf § 24 Absatz 3 BHO wird verwiesen. Unabhängig davon, ob ÖPP in Betracht kommt, ist die Maßnahme wie ein Eigenbau zu veranschlagen.

11.

Die bestehenden, laufenden Kooperationsverfahren mit der Wirtschaft (ÖPP-Maßnahmen) im Infrastrukturbereich der Bundeswehr werden vertragsgemäß durch die Bundeswehr weitergeführt und sind auch nicht Gegenstand der Dachvereinbarung zwischen BMVg, BMF und Bundesanstalt. Danach werden investive militärische Baumaßnahmen in den Dienstliegenschaften weiterhin durch BMVg als eigenfinanzierte Baumaßnahmen aus dem Einzelplan 14 durchgeführt.

Für zukünftige infrastrukturbezogene militärische ÖPP-Maßnahmen verbleibt die Zuständigkeit nach der in der o. g. Dachvereinbarung getroffenen Aufgabenverteilung auch weiterhin beim BMVg, wohingegen zukünftige nicht-militärische Baumaßnahmen in der Verantwortung der Bundesanstalt durchgeführt werden.

Die Bundesanstalt wird bei allen zukünftigen ÖPP-Projekten der Bundeswehr von Beginn an einbezogen, soweit ihre Zuständigkeit nach Maßgabe dieser Dachvereinbarung berührt ist.

Sonderregelung für militärischen Unterbringungsbedarf:

Auf der Grundlage der Dachvereinbarung zur Umsetzung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Geschäftsbereich des BMVg erteilt die Bundeswehr der Bundesanstalt bei einem Unterbringungsbedarf, der aufgrund der Entscheidung des BMVg durch eine Baumaßnahme gedeckt werden soll, dann den Auftrag zur Variantenuntersuchung mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, wenn und soweit es sich um einen nicht-militärischen Unterbringungsbedarf handelt.

Bei einem vom BMVg als militärischer Unterbringungsbedarf qualifizierten Bauvorhaben ist die Bundeswehr für die Variantenuntersuchung (einschließlich Finanzierungsverantwortung) zuständig. Ihr steht es hierbei offen, die Bundesanstalt als Dienstleister ganz oder teilweise mit der Durchführung zu beauftragen. Davon unberührt bleibt die Obliegenheit des Nutzers BMVg, die Liegenschaftseigentümerin Bundesanstalt in die Planung und Durchführung auch militärischer Baumaßnahmen frühzeitig einzubinden.

Dokumentation der Sonderabgaben im Haushaltsplan 2018

In seinem Beschluss vom 17. Juli 2003 (BVerfG, 2 BvL 1/99) hat das Bundesverfassungsgericht vom Gesetzgeber für alle nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltspläne eine Dokumentation über alle Sonderabgaben in einer dem Haushaltsplan beigelegten Anlage gefordert. Das Bundesverfassungsgericht begründet diese Pflicht zur Information des Parlamentes und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben mit dem Gebot wirksamer parlamentarisch-demokratischer Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, ab dem Jahr 2005 alle nicht steuerlichen Abgaben, die weder Gebühr noch Beitrag sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vornherein ausgeschlossen ist“ (Umdruck des Gerichts, S. 43, 47) in den Haushalt aufzunehmen. Es soll sich um eine erschöpfende Aufzählung aller Sonderabgaben im Verantwortungsbereich des Bundesgesetzgebers handeln, unter Berücksichtigung der Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen (unter Einschluss auch solcher Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Haushalt dokumentiert sind). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang sollen sichtbar gemacht werden. Ob die eigenen Behörden des Bundes oder z. B. Länder- oder Kommunalbehörden die Abgabe vereinnahmen, ist unerheblich.

Mit der Übersicht VII zum Bundeshaushalt 2005 wurde diese Verpflichtung erstmals umgesetzt und in den Folgejahren fortgeschrieben. Dabei ist zu beachten, dass die Nennung der Abgabe diese nicht rechtlich als Sonderabgabe qualifiziert. Um dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht zu werden, sind vielmehr auch solche Abgaben vorsorglich aufgenommen worden, bei denen die Klassifizierung als Sonderabgabe in Betracht kommt, aber nicht zwingend ist. Die Nennung der Abgabe erfolgt auch unabhängig davon, ob die Abgabe im Haushaltsplan bereits enthalten ist.

Im Bundeshaushalt 2017 sind Sonderabgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 4,2 Mrd. € dokumentiert (Gesamthöhe bezieht sich nur auf die Abgaben, für die die Abgabenhöhe für das Haushaltsjahr 2016 bereits ermittelt werden konnte).

Auch für das Haushaltsjahr 2018 wird die Übersicht entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts fortgeschrieben.

Ich bitte daher um Überarbeitung bzw. Ergänzung und weise auf Folgendes hin:

- Die Abgrenzung, ob im konkreten Fall eine Sonderabgabe vorliegt, ist nicht an der Bezeichnung der Abgabe (z. B. Gebühr, Beitrag, Abgabe, Umlage, Eigenanteil, Kostenerstattung) zu orientieren, sondern an der Verfassungsrechtsprechung zu dieser Abgabenart.
- **Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann dieses Versäumnis nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist.** Wegen dieser Konsequenz weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob es sich bei einer Abgabe um eine Sonderabgabe handelt und sie in die Anlage aufzunehmen ist, in der Verantwortung des jeweiligen Fachressorts liegt.
- Soweit eine Sonderabgabe aufgrund Landesrechts erhoben wird, die Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsnorm jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird die Sonderabgabe nur in dem entsprechenden Landeshaushalt aufgeführt.
- Sonderabgaben, bei denen der Rechtsgrund durch Bundesrecht begründet ist, eine weitere Umsetzung durch Landesrecht nicht erfolgt, die Abgabe jedoch von den Ländern erhoben wird, werden in das Bestandsverzeichnis des Bundes aufgenommen.

Anhang 10

zu BMF - II A 1 - H 1105/16/10001 :001

Dok: 2016/1130621

Darstellung von EU-Einnahmen und korrespondierenden Ausgaben

Kap. /Tit.	Zweck/Maßnahme	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Voraus- sichtliche Einnahmen und Ausgaben 2017	Voraus- sichtliche Einnahmen und Ausgaben 2018
	Einnahmen					
XX XX xxx xx	Einnahmen aus Zuschüssen der EU					
	Ausgaben (nur durch die vorstehenden Titel verstärkten Ausgaben)					
XX XX xxx xx	Ausgabetitel					